

Hans Gottfurcht

DIE DEMOKRATISCHE INTERNATIONALE DER GEWERKSCHAFTEN

Obwohl die wechselvolle Geschichte eines halben Jahrhunderts internationaler Gewerkschaftsarbeit oft behandelt worden ist, erscheint es notwendig, noch einmal in wenigen Sätzen den Werdegang, zusammenzufassen.

Der Reifegrad, den der Industrialisierungsprozeß Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erreicht hatte, verbunden mit wirtschaftlichen Verflechtungen, die ihre Fäden von Land zu Land spannen, verbreitete die Erkenntnis, daß unterschiedliche soziale Bedingungen benachbarter Länder im Konkurrenzkampf mißbraucht werden konnten und daß die schonende Behandlung der Arbeitskraft an die Stelle der frühliberalen Ausnutzung treten mußte. Die erstarkenden Gewerkschaften der Industrieländer sahen die Stunde für internationale Zusammenarbeit gekommen. Die Sicherung eines angemessenen Lohnes und die günstigere Gestaltung der Arbeitsbedingungen standen im Mittelpunkt nationaler und internationaler Gewerkschaftsarbeit. Die wirtschaftliche Macht lag in jener Zeit eindeutig und - wie es schien - unantastbar in den Händen von Privateigentümern; die gewerkschaftlichen Kampfobjekte lagen demzufolge auf sozialpolitischem Gebiet. Eine Verbesserung der Zustände

innerhalb einer bestehenden Gesellschaftsordnung, nicht ihre Überwindung, war das Ziel. Mit diesen Gedankengängen trat um die Jahrhundertwende das erste Internationale Sekretariat: ins Leben, das sich später zum *Internationalen Gewerkschaftsbund* entwickelte. Er und die *Internationalen Berufssekretariate* (IBS) haben dann jahrzehntelang als Interessenvertretung gedient. Der erste Weltkrieg, der Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus und schließlich die schweren Erschütterungen des zweiten Weltkrieges haben die internationale Bewegung zwar oft erschüttert, aber nie zerstört.

Die bolschewistische Revolution des Jahres 1917 hatte auch zur gewerkschaftlichen Absonderung der Kommunisten geführt, die national und international in „roten“ Organisationen die freie Gewerkschaftsbewegung der Welt bekämpften. Wiederholte Annäherungsversuche führten zu schweren Enttäuschungen; trotzdem führte die nationalsozialistische Machtergreifung wieder zu der Überlegung, wenigstens im Abwehrkampf eine gemeinsame Front mit den Kommunisten zu suchen. Der deutsch-russische Bündnisvertrag vom 23. August 1939 zerschlug die gerade wiedergefundenen Kontakte, bis dann der Einfall der Nazi-Armeen in Rußland im Juni 1941 eine neue politische Linie und gewerkschaftliche Wiederannäherung anbahnte.

Der gemeinsame Kampf der westlichen Demokratien und Sowjet-Rußlands gegen Nazi-Deutschland legte den Gedanken nahe, die alten Gewerkschaftsbewegungen durch einen neuen allumfassenden Weltgewerkschaftsbund abzulösen. Die Londoner und Pariser Konferenzen des Jahres 1945 hätten nicht zur Gründung des Weltbundes führen können, wenn nicht die Hoffnung vorherrschend gewesen wäre, daß der gemeinsame Sieg über den Kriegsgegner ein ausreichendes Fundament für demokratische Zusammenarbeit abgeben würde.

Dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) war die ungeheure Chance gegeben worden, auch im Falle von politischen Zuspitzungen oder gar Konflikten zwischen Nationen als ausgleichender Faktor zu wirken. Dies hätte allerdings vorausgesetzt, daß die Gewerkschaftsbewegung stark, unabhängig und verantwortungsbewußt genug ist, um in einem kritischen Augenblick das gemeinsame Interesse über die Landesgrenzen hinweg auch dann zu vertreten, wenn die Gewerkschaftsbewegung des einen oder anderen Landes sich damit in Widerspruch zu ihrer eigenen Regierung setzen muß. Internationalität jeder Art, also auch der Gewerkschaften, ist nur dann möglich, wenn an alle Mitglieder der gleiche Maßstab angelegt wird. Die Internationale muß zerbrechen, wenn von einem Teil ihrer Mitglieder selbständiges Handeln auf Grund ihrer Abhängigkeit vom Staat nicht erwartet werden kann. Der Weltgewerkschaftsbund zerfiel, da die kommunistische Gruppe blinde Bereitschaft forderte, an Moskau zu „glauben“, zur gleichen Zeit aber von den Gewerkschaften der demokratischen Länder erwartete, daß sie ihre eigenen Regierungen bedingungslos im Interesse sowjetischer Außenpolitik bekämpfen sollten. Die Kommunisten versuchten, die gewerkschaftlichen Aufgaben der Internationale dem politischen und strategischen Machtkampf Rußlands unterzuordnen.

Mit unendlicher Geduld war der Versuch gemacht worden, wenigstens den organisatorischen Rahmen einer einheitlichen Internationale zu erhalten. Es wurde immer offenkundiger, daß dies in der Form eines „Burgfriedens“ schon darum nicht möglich war, da für die Kommunisten jede Gemeinschaft ihrer Sinn verliert, die sie nicht zum Sprachrohr ihrer Meinungen machen können. Anfang des Jahres 1949 zerfiel der WGB endgültig. Als im Dezember desselben Jahres der *Internationale Bund Freier Gewerkschaften* (IBFG) seinen Gründungsakt vollzog, hatte sich der WGB wieder zu der Rolle zurückgefunden, die in

den zwanziger und dreißiger Jahren von der „roten“ Gewerkschaftsinternationale gespielt wurde.

Ehe wir uns mit der nunmehr geschaffenen Situation auseinandersetzen, ist es notwendig, den *Funktionswandel* der Gewerkschaften zu betrachten. Als die internationale Gewerkschaftsbewegung nach dem ersten Weltkrieg wieder ihre Reihen schloß, erklärte der in London im Jahre 1920 tagende Kongreß, „daß die Bewegung, neben ihren gewöhnlichen Aktionen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und international den Kampf für die Kapitalismus und Imperialismus ... Dieser Kampf hat sich vor allem gegen den Militarismus in allen seinen Formen zu richten ... Die Waffe des Massenstreiks und des Boykotts ist als wirksames und zweckentsprechendes Mittel gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzuwenden“.

Diese EntschlieÙung betont die politische Funktion der Gewerkschaften in Ergänzung zur sozialpolitischen. Zur gleichen Zeit nahm die Erörterung der Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Anteilnahme immer ausgeprägtere Formen an.

Wie bereits ausgeführt, lag die wirtschaftliche Macht in allen Ländern bis zum Ende des ersten Weltkrieges in den Händen kapitalistischer Privateigentümer. Die Regierungen waren ihrer Mentalität nach Sachwalter des Privateigentums, und in vielen Fällen bestanden zwischen Regierungsmitgliedern und der wirtschaftlichen Führungsschicht engste familiäre Beziehungen, die persönliche materielle Interessen einschlossen. Die Strukturveränderungen nach dem ersten Weltkrieg mögen noch so unbefriedigend gewesen sein: das Zeitalter, in dem Staat und Staatsgewalt unter allen Umständen auf der Seite der Unternehmer standen, hatte sein Ende gefunden. Genau so war die „Wirtschaft“ nicht mehr eine Institution, die zwangsläufig der einseitigen Kontrolle des Privateigentums unterliegen mußte. Im sozialistischen Staat, in der planwirtschaftlichen Demokratie, aber auch in den wirtschaftlichen Übergangsformen, die sich 1918 anbahnten, wurden die Arbeiterschaft und damit die Gewerkschaften Partner im Wirtschaftsleben und mitverantwortlich für Erfolg und Mißerfolg.

Die Meinungen darüber, ob sich die Gewerkschaften in der Periode zwischen den Weltkriegen der neuen wirtschaftspolitischen Aufgabe gewachsen gezeigt haben, gehen weit auseinander. Die Auffassungen der Anhänger der reinen Lohn- und Tarifpolitik standen im absoluten Gegensatz zu denen, die die Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung auf dem Wege über die Eroberung der wirtschaftlichen Macht oder — in der Übergangsperiode — durch die Anteilnahme an der Wirtschaftslenkung herbeizuführen erstrebten. Es ist oft gesagt worden, daß die Widerstandskraft der deutschen Arbeiterbewegung an dem Zwiespalt zerbrach, der sich aus einer gewaltigen Entwicklung sozialpolitischer Rechte einerseits und dem Fehlschlagen des Versuchs der wirtschaftlichen Umgestaltung andererseits ergab.

Es bedurfte der Erschütterungen eines zweiten Weltkrieges, die Erkenntnis vom Vorrang des wirtschaftlichen Geschehens durchzusetzen. Je mehr sich das Bewußtsein festigte, daß die „Wirtschaft“ kein Ding an sich ist, sondern den Lebensbedürfnissen aller zu dienen hat, je mehr man erkannte, daß die Gesichtspunkte vom wirtschaftlichen Profit und der Bildung neuen Kapitals denen der Bedarfsdeckung unterzuordnen sind, umso mehr drangen wirtschaftliche Erkenntnisse in die Gewerkschaftsbewegung ein.

Abgesehen von Sowjet-Rußland, wo der Hauptanteil wirtschaftlicher Entwicklung dem Ausbau der bolschewistischen Machtposition dienstbar gemacht wurde, kann wohl von allen Ländern gesagt werden, daß die Erkenntnisse

der Technik, die Steigerung der Produktion und die Entwicklung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit im allgemeinen zu einer Verbesserung des Lebensstandards der Massen geführt haben. Dies gilt auch in den Ländern, in denen mangelndes soziales Verantwortungsbewußtsein der Regierungen für eine ungerechte Bevorzugung des Privateigentums verantwortlich ist.

In dieser Situation, die die Gewerkschaften aller Länder zum Nachdenken und viele zum Umdenken zwang, scheiterte der Weltgewerkschaftsbund. Kommunistische Doktrin verlangt Uniformität des Denkens. Die wirtschaftlichen Entwicklungsstufen der Länder der Welt waren und sind jedoch so unterschiedlich, daß eine organisatorische Gemeinschaft nur denkbar ist, wenn allseitige Bereitschaft besteht, diesen Unterschiedlichkeiten Rechnung zu tragen. Daß diese Grundeinstellung zum wirtschaftlichen Geschehen auch untrennbar mit der Verteidigung der demokratischen Freiheit und der bürgerlichen Rechte verbunden ist, sei hier erwähnt, obwohl der Rahmen dieses Artikels nicht erlaubt, hierauf im einzelnen einzugehen.

Damit kommen wir zu der entscheidenden Frage, ob im neuen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften die allen Mitgliedsorganisationen gemeinsame Treue zur demokratischen Idee stark genug ist, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abstände zwischen ihnen und ihre verschiedenartigen Auffassungen zu diesen Fragen zu überbrücken. Kritiker und Zweifler haben gesagt, daß der neue Bund zwar keinen inneren Gegensatz zwischen totalitären und demokratischen Kräften zu überwinden habe, daß es aber eine offene Frage ist, ob der Kapitalismus Amerikas, der demokratische Sozialismus Großbritanniens und die primitiven Wirtschaftsformen der Kolonialländer auf einen Nenner gebracht werden können. Auch in den Reihen der Internationale selbst besteht Einmütigkeit darüber, daß die negative Einigkeit der Ablehnung kommunistischer und anderer totalitärer Methoden keine ausreichende Garantie für Übereinstimmung im positiven Handeln sei.

Wir wollen hier nicht im einzelnen darauf eingehen, daß Satzung und Programm des neuen Bundes in einer Form gefaßt werden konnten, die den demokratischen Grundsätzen aller Rechnung tragen und zugleich ausreichenden Spielraum für die oben erwähnten Unterschiedlichkeiten lassen. Es besteht kein Anlaß, an dem guten Willen aller Mitgliedsorganisationen zu zweifeln, den niedergelegten Grundsätzen auch zu folgen. Böswillige Kritiker könnten aber darauf hinweisen, daß Bekenntnis und Tat nicht notwendigerweise übereinzustimmen brauchen.

Der entscheidende Grund, der zum Optimismus hinsichtlich des Gelingens der Zusammenarbeit aller Kräfte berechtigt, ist, daß die Gründer des Bundes niemals an eine Uniformität, sondern immer an eine Vielfalt der Zielsetzungen glaubten. Die Internationale ist sich der Tatsache bewußt, daß „Fortschritt“ für die darum Ringenden einen unterschiedlichen Charakter hat, der vom wirtschaftlichen, sozialen, staatspolitischen und kulturellen Ausgangspunkt bestimmt wird. Die Arbeiter der Vereinigten Staaten mögen den Kapitalismus noch für die gegebene Wirtschaftsform ihres Landes halten, sie stehen nichtsdestoweniger auf dem Standpunkt, daß es das gute Recht ihrer Kollegen in den europäischen Industrieländern ist, Sozialisierung oder Nationalisierung ihrer Schlüsselindustrien zu verlangen. Die Arbeiter unterentwickelter Gebiete werden dem Kampf um die Gleichberechtigung der Farbigen oft größere Bedeutung beimessen als einer Lohnerhöhung. Der entscheidende Gesichtspunkt für die Internationale ist, die Aktionen der einzelnen angeschlossenen Organi-

sationen zu unterstützen, wenn immer sie im Geiste der Demokratie anaepackt werden und für das betroffene Gebiet einen Fortschritt im Kampf um bessere Lebensbedingungen bedeuten.

Von dieser Erkenntnis getragen, hat die Internationale ihre Brüsseler Zentrale in dem Bewußtsein geschaffen, daß sie zwar Mittelpunkt, aber nicht allgegenwärtig sein kann. Neben dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften fällt den Internationalen Berufssekretariaten die Aufgabe der Betreuung der Mitglieder ihres Berufsgebietes zu. IBFG und IBS werden als eine einheitliche internationale Gewerkschaftsbewegung auftreten, in der alle Partner ihre Autonomie bewahren. Der weltweite Charakter der neuen Internationale verlangt gebieterisch, regionale Büros in fernen Erdteilen zu schaffen. Die erste Delegation, die den Fernen Osten zum Reiseziel hat, wird zweifellos die Errichtung eines ersten regionalen Büros mit sich bringen. Afrika und andere Gebiete werden folgen. In New York und in Genf werden die Interessen der Internationale bei den Vereinten Nationen und bei der Internationalen Arbeitsorganisation durch Sonderbeauftragte wahrgenommen werden. Die Gesamtarbeit ist von der Erkenntnis getragen, daß sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt den Arbeitermassen zugute kommen müssen, damit sie ihre Funktion als Träger des Friedens erfüllen können.

Es sind erst wenige Monate vergangen, seit im Londoner Sitzungssaal der Gründungsakt der Internationale vollzogen wurde. Wir alle wissen, daß wir Treuhänder eines bedeutsamen Gutes sind. Denn endlich ist den Freien Gewerkschaften der Welt wieder ein internationales Forum geschaffen worden, das den vom Weltgewerkschaftsbund so leichtfertig aufs Spiel gesetzten Glauben der Welt an die internationale Gewerkschaftsidee wieder herzustellen vermag.